

<b>ANFRAGE</b>  Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke)  vom 18.04.2011	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>25. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>28.06.2011</b> <b>769</b> <b>23</b>  <b>öffentlich</b>
<b>Atomarer GAU - Wie ist die Stadt Karlsruhe darauf vorbereitet?</b>		

1. Wann wurde das Gesamtpaket der Notfallpläne für das Atomkraftwerk Philippsburg letztmals überarbeitet?
2. Wann wurde das Gesamtpaket der Notfallpläne für die Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK) und das Institut für Transurane (TUI) letztmals überarbeitet?
3. Welches sind die wesentlichen Eckpunkte der Katastrophenpläne für den Standort Philippsburg hinsichtlich Geltung und Errichtung von Sperrzonen, Versorgung der Bevölkerung mit Jod-Tabletten, Evakuierungsplänen, Zuständigkeitsregelungen, technischen Maßnahmen bei Versagen des Berstschatzes, gesundheitlich-ärztliche Versorgung sowie Informations- und Aufklärungstätigkeit gegenüber der Öffentlichkeit?

Nach dem derzeitigen Planungsstand ist für die Zentralzone um Philippsburg nur eine 2-km-Zentralzone und eine Mittelzone mit einem Radius bis zu etwa 10 km festgelegt. Dort gibt es Sirenen und die Ausgabe von Jodtabletten ist vorbereitet.

In Fukushima ist eine 20-km-Zone geräumt; die IAEO verlangt eine 40-km-Schutzzone. Damit wäre beim Institut für Transurane (Genehmigung für die Lagerung von 180 Kilogramm Plutonium und 1000 kg Uran, davon 100 Kilo angereichert auf 93 %, und 450 Kilo Thorium und noch vieles andere) schon in der ersten Zone Karlsruhe betroffen; bei Philippsburg wäre dies in der zweiten Zone der Fall.

4. Wie ist die Stadt Karlsruhe auf diese beiden Fälle vorbereitet?
5. Wäre die Karlsruher Berufsfeuerwehr für einen Einsatz in einer radioaktiv verseuchten Anlage ausgerüstet und ausgebildet?

Falls ja, wie?

Falls nein, warum nicht?

6. Gibt es detaillierte Evakuierungspläne und Katastropheneinsatzpläne für einen radioaktiven Unfall, von dem Karlsruhe betroffen ist?
7. Falls ja, welches sind die Evakuierungsgemeinden/Unterbringungsgemeinden für rund 500 000 Menschen?
8. Welches sind die Evakuierungswege und wo befinden sich die Notfallstationen?

Die Notfallstationen werden durch Strahlenschutzärzte geleitet. Dort wird eine Ausmessung und – soweit notwendig – Dekontamination der betroffenen Bevölkerung vorgenommen.

Schwerkranke bzw. Schwerverletzte werden auf ärztliche Weisung an speziell zur Behandlung von Strahlenerkrankten ausgestattete Krankenhäuser zur weiteren Behandlung verwiesen:

9. Wie viele Strahlenschutzärzte gibt es in der Region Karlsruhe?
10. Wie viele Strahlenbehandlungsplätze gibt es in Krankenhäusern der Region Karlsruhe für die rund 500 000 potentiell durch Verstrahlung gefährdeten Einwohner/-innen in der Region?

Für eine reibungslose Arbeit der Katastrophenschutzeinheiten werden sog. Sperrstellen an der Grenze zur den Evakuierungszonen errichtet:

11. Wer sorgt in der Region Karlsruhe dafür, dass an diesen Sperrstellen die Arbeit der eingesetzten Messdienste gewährleistet bleibt?
12. Für wie viele Sperrstellen sind Messgeräte für Plutoniumverseuchung vorhanden?
13. Wie und wo werden diese Personen an den Messstellen ausgebildet?
14. Gibt es Notfallpläne für einen Stromausfall, der länger als 1 Tag dauert?
15. Wie werden Katastrophenpläne (Benachrichtigung, Messung, medizinische Notversorgung, Evakuierung etc.) bei vermutlichem Ausfall der Kommunikationswege (Stromausfall, Netzausfall bei Telefon und Internet) umgesetzt?

- 
16. Gibt es Pläne für eine Vorratshaltung von unverstrahlten Nahrungsmitteln und Wasser?
17. Welche Maßnahmen sind vorgesehen, wenn tausende, zehntausende von Bürger/-innen aus Karlsruhe und der Region nach einem Gau im AKW Philippsburg oder im Institut für Transurane in Panik ihr Heil in der Flucht suchen per ÖPNV, PKW, öffentlichem Fernverkehr usw. - und wie ist die Stadt Karlsruhe an diesen Maßnahmen beteiligt?

### **Sachverhalt/Begründung:**

Bis Fukushima 2011 (Tschernobyl 1986 hat nicht ausgereicht, das Folgende zu widerlegen) galt die Behauptung, dass deutsche Atomkraftwerke „über Sicherheitseinrichtungen sowie vorgeplante Maßnahmen, die das Eintreten eines kerntechnischen Unfalls mit relevanten radiologischen Auswirkungen in der Umgebung nahezu ausschließen“, verfügen. Der Gau ist nun zum zweiten Mal Wirklichkeit geworden. Die Möglichkeit eines Gaus hierzulande kann nicht mehr geleugnet bzw. hinweg gelogen werden.

Das *Regierungspräsidium Karlsruhe* ist im Einzelnen zuständig für die Erstellung eines besonderen Katastropheneinsatzplanes für das Atomkraftwerk Philippsburg sowie für KIT Nord (ehemals das Forschungszentrum Karlsruhe, davor Kernforschungszentrum Karlsruhe). Unsere Fragen beziehen sich auf die Einbindung der Stadt Karlsruhe in diese Pläne. Kann bei einem Gau im AKW Philippsburg oder im Institut für Transurane überhaupt realistisch und verantwortungsvoll von einem Rettungsszenario gesprochen werden?

unterzeichnet von:

Sabine Zürn

Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Ratsangelegenheiten

10. Juni 2011